

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. befristet bestimmte Blatt

| | | |
|--|--|--|
| Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Briefporto 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postkontonummer Leipzig Nr. 53477 | Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206 | Insertenpreise: Die 10 Spalten, Kolonelle 25 Pf., bei Plakatschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 Spalten, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10 Spalten, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Spalten, Kolonelle 40 Pf., bei Plakatschrift 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk. |
|--|--|--|

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Genfer Tagung.

Die ersten Besprechungen der Außenminister.

SPD Genf, 13. Juni.

Was der Sonntag völlig ergebnislos verlaufen ist, so ist der Montag um so reicher an Besprechungen gewesen. Im Vordergrund des Interesses stand die 1/2stündige Unterredung, die zwischen dem deutschen und französischen Außenminister im Hotel Metropole stattgefunden hat. Sowohl von französischer als von deutscher Seite ist der Presse gegenüber die größte Zurückhaltung gewahrt worden über das, was besprochen worden ist. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß Stresemann und Briand offen über die in den letzten Monaten eingetretene Verfestigung in den deutsch-französischen Beziehungen gesprochen haben und in nicht minder offener Weise die einzelnen Punkte berührt, die dabei zu Hindernissen geworden sind.

Auf deutscher Seite vertritt man natürlich nicht die Enttäuschung darüber, daß selbst in der Frage der Truppenverminderung im Rheinland nur geringe Fortschritte gemacht worden sind, und beruft sich dabei auf die großen Hoffnungen, die sowohl durch Locarno als durch die späteren Konferenzen zwischen den Außenministern Deutschlands und Frankreichs hervorgerufen worden sind. Auf französischer Seite weist man darauf hin, daß es ungerecht sei, zu behaupten, Locarno habe keine praktischen Folgen gehabt, da ja die Röhner Zone geräumt, die Befestigungsmethode wesentlich erleichtert und auch die Truppen vermindert worden seien; außerdem fügt man hinzu, daß immer noch eine Reihe von Verpflichtungen, die Deutschland übernommen habe, nicht ganz erfüllt seien.

Es scheint, daß bei der Unterredung, die der französische Außenminister vor seiner Abreise aus Paris mit dem Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees in Versailles, dem Marshall Foch, hatte, dieser den Minister auf eine Reihe von Fragen aufmerksam gemacht hat, die ungeklärt geblieben seien.

In der Unterredung am Montag, die einen sehr freundschaftlichen Charakter trug, sind nicht nur Einzelfragen angeschnitten worden, sondern es wurde auch die Gesamtlage besprochen. Bei dieser Gelegenheit haben sowohl Stresemann als Briand ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, die Locarnopolitik über alle Hindernisse, Hemmungen und Störungen hinweg zu den von beiden Völkern erhofften Ergebnissen zu führen. Auf französischer Seite scheint man der Frage der Kontrolle der im Osten vorgenommenen Festungsleistungen eine größere Bedeutung beizulegen, als dies erst angenommen wurde. Uebereinstimmend wird in Genf von den Vertretern aller Meinungsrichtungen in Frankreich erklärt, daß die Weigerung, diese Kontrolle durchzuführen zu lassen, in allen französischen Parteien ein schweres Mißtrauen hervorzurufen habe, so daß diese Angelegenheit eine Art symbolischer Bedeutung erhalten habe. Man hofft übrigens, im Laufe der Woche zu einer Verständigung zu gelangen, und erklärt, daß dadurch auch die Frage der Truppenverminderung im Rheinland leichter und rascher eine Lösung finden könnte.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Folge des Stillstands der deutsch-französischen Annäherungspolitik hat auf beiden Seiten eine Nervosität erzeugt, die gerade bei der gegenwärtigen europäischen Lage doppelt bedauerlich ist. In den durch den Abbruch der englisch-französischen Beziehungen aufgeworfenen Problemen besteht zwischen Frankreich und Deutschland keine Zielverträglichkeit. Denn nach allem, was wir aus bester Quelle hören, ist Briand trotz seines harten Urteils, das er über die jüngst erfolgten Hinrichtungen in Rußland abgibt, fest entschlossen, keinerlei prinzipielle Abwehmpolitik Rußland gegenüber zu treiben. In diesem sehr wichtigen Punkt werden also Frankreich und Deutschland auf einer Linie tätig sein können.

Bei den weiteren Besprechungen, die im Laufe der Woche nicht nur zwischen Stresemann und Briand, sondern auch zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain gemeinsam stattfinden werden, hofft man die Lage soweit zu klären, daß sowohl in bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen als auf das Verhältnis zu Rußland die einen und die anderen wenigstens wissen, woran sie sich zu halten haben.

Ueber eine Besprechung zwischen dem englischen und dem deutschen Außenminister ließ Dr. Stresemann am Montagabend den deutschen Journalisten erklären, daß die Aussprache sich auf alle aktuellen Fragen erstreckt hätte, einschließlich derjenigen, die die Sicherung des Friedens im Nordosten Europas betreffen und die ihrerseits bedingen, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine weitgehende Besserung erfährt.

Eröffnungssitzung des Rates.

SPD Genf, 13. Juni.

Der Völkerbundsrat, der am Montag unter dem Vorsitz von Chamberlain zusammentrat, erteilte dem Völkerbundskommissar in Danzig das Recht, im Einzelfall über Transport und Lagerung von Kriegsmaterial in Danzig zu entscheiden. Weiterer andere Danziger Einzelfragen wurden Unterkommissionen zur weiteren Beratung übergeben. Eine Entscheidung über die von englischer Seite beantragte Verminderung der Rüstungen wurde auf den Herbst vertagt.

SPD Genf, 14. Juni. (Radio.)

Obgleich die Saarfrage nicht auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Ratsitzung steht, haben die bürgerlichen Parteien des Saargebietes eine große Delegation als jemals, aus 5 Mitgliedern bestehend, nach Genf abgeordnet. Unter ihnen befindet sich diesmal sogar ein Deutschnationaler, obwohl diese Partei im Landesrat gar keine Vertretung hat. Im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion und der freien Gewerkschaften ist Genosse Hoffmann nach Genf gereist, um namentlich die Lohnherabsetzung bei den Bergarbeitern und die Einführung einer Feiertagsruhe durch die französische Grubenverwaltung zur Sprache zu bringen. Der neue Präsident der Saarregierung, der Engländer Ernst Wilton, wird sich am Donnerstag dem Völkerbundsrat vorstellen und damit sein Amt antreten.

Eine Note über die Offestungen.

Berlin, 13. Juni.

Nachdem der Sachverständige der Reichsregierung, Generalleutnant von Pawel, die Befestigung der Festungsarbeiten an den 34 Belton-Unterständen im System der deutschen Offestellungen, die nach den Pariser Restpunkte-Bereinigungen zerstört werden sollten, beendet hat, sind heute, wie die AN an zuverlässiger Stelle erfährt, die Berliner Missionen der in der Völkerbundskonferenz vertretenen Mächte von der Durchführung der Schließungen in Kenntnis gesetzt worden.

Am 15. Juni müssen die Zerstörungen an den Offestellungen durchgeführt sein. Die Note gibt hiervon die offizielle Mitteilung und besitzt insofern nur einen formellen Wert. Sie bietet gleichzeitig die Unterlage für die in Genf geführten Verhandlungen über die Kontrolle der Zerstörung. Nach den aus Genf vorliegenden Berichten scheint Dr. Stresemann noch auf den Wünschen seiner deutschnationalen Kabinettskollegen zu beharren. Eine Einigung über die Art der Kontrolle wird trotz allem in diesen Tagen zu erwarten sein.

Saleffi über die deutsch-polnischen Beziehungen.

SPD Genf, 14. Juni. (Radio.)

In einer Unterredung mit Pressevertretern bezeichnet der polnische Außenminister Saleffi, a. das Verhältnis zu Deutschland als sozusagen normal. In einigen Fragen sei eine Verständigung erzielt worden, doch weisen die noch bestehenden rein wirtschaftlichen Differenzen große Schwierigkeiten auf. Die neuen Handelsvertragsverhandlungen haben noch nicht begonnen. An der Frage der Schließungskontrolle der Offestellungen sei Polen naturgemäß stark interessiert, doch habe es dabei nicht mitzuspochen, sofern die Angelegenheit nicht vor den Völkerbundsrat gelangen sollte, was Saleffi jedoch nicht als wahrscheinlich betrachtet. Im Gegenteil hofft er, daß man schon in den nächsten Tagen eine Verständigung erzielen werde. Die im März getroffene Vereinbarung über die Winderwehrtürme in Oberschlesien funktionieren jetzt sehr gut — eine Ansicht, die die

deutschen Oberbefehlshaber bekanntlich nicht teilen. Mit Litauen hofft der Außenminister möglichst bald zu einer Verständigung gelangt zu sein.

Japan in China.

SPD London, 14. Juni. (Radio.)

Wie aus China gemeldet wird, ist der frühere japanische Kriegsminister Jamanashi in Peking eingetroffen mit der Absicht, zwischen dem Norden und dem Süden einen Frieden zu vermitteln.

Die mit aller diplomatischen Klugheit geführte Politik des japanischen Imperialismus in China wird jetzt vor eine gefährliche Alternative gestellt. Auf der einen Seite steht der Machthaber des Nordens, Tschangschin, der im gewissen Sinne die japanischen Einflugsgebiete in der Mandchurie und in Schantung bewacht und der sich seit jeher der japanischen Freundschaft erfreut. Auf der andern Seite kann natürlich die japanische Außenpolitik, die schon seit längerem eine gewisse Sympathie, freilich eine recht merkwürdige, für die Kuomintang an den Tag legte, nicht auf die zum Untergang verurteilten alten sozialen Kräfte, die sich um Tschangschin gruppieren, die Zukunft des japanischen Imperialismus in China gründen.

In dieser Situation hat Japan schon sehr häufig einen Ausgleich zwischen dem Norden und Süden Chinas angestrebt, der ihm die Befestigungen in der Mandchurie garantiert. Daß die augenblicklichen Bemühungen des früheren japanischen Kriegsministers in Peking von größerem Erfolg begleitet sein werden, wird man kaum annehmen können. Es bleibt neben vielen Möglichkeiten, in die sich die japanische Außenpolitik hineinfinden kann, selber auch noch die vorhanden, daß in dem Fall, wo die südchinesischen Truppen in die Mandchurie einbrechen, der japanische Imperialismus mehr oder weniger aktiv in die Ereignisse eingreift, so wie er das im Dezember 1925 bereits einmal getan hat.

Hilferdings Einstellung. *)

„Gegner“ der Demokratie.

Von Dr. Karl Herz, Spandau.

II.

Hilferding stellt es so dar, als ob die Abneigung gegen die Demokratie nur vom linken Flügel der Partei ausgehe. Der geschichtliche Entwicklungsgang ist ganz anders gewesen. Die Idee der Demokratie war zuerst im Kriege gefährdet, als die Kriegspolitik der Parteimehrheit zu einer starken Anlehnung an den preußischen Militarismus führte. Als die damaligen Antipoden Kautsky und Bernstein Ostern 1917 in Gotha sich in der USG zusammenschlossen, taten sie es, weil sie, wie das auch im ersten Aufruf der Partei zum Ausdruck kam, die Masse auf den alten, von Marx und Engels gewiesenen Weg zur Demokratie zurückführen wollten. In den Kriegsbekämpfen, die damals innerhalb der Organisation ausgetragen wurden, konnte man oft genug von den Verteidigern der offiziellen Kriegspolitik Worte des Hohns über die „westeuropäische kapitalistische“ Demokratie hören. Geradezu klassisch ist in dieser Beziehung ein am 25. August 1917 in der Glode erscheinender Artikel des Genossen Heilmann, des gegenwärtigen Führers der Preußenpolitik. Der Artikel, der auch in dem damals üblichen polemischen Ton einen Angriff auf die Leipziger Volkszeitung enthält, ist ein sehr kennzeichnendes Dokument für den Tiefstand, den das politische Denken während der Kriegszeit in gewissen Parteikreisen erreicht hat. Einige charakteristische Sätze aus diesem Artikel, der gerade heute wieder ans Licht gezogen zu werden verdient, mögen beweisen, daß dieses Urteil keineswegs einseitig übertrieben ist. Der Heilmann von 1917 steht auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie einig sein soll in der Ablehnung der sogenannten parlamentarischen Regierungsweise, welche uns die waffenstärkenden Begleiter der westlichen Demokratie und die waffen scheuen Vertreter des deutschen „Börsenliberalismus“ mit dem gleichen Eifer aufzureden suchen. So ungefähr sprechen heute die Rechtsradikalen, die in der Demokratie ein vom „Feindbund“ in den deutschen Volkstörper verpflanztes Gift sehen und damit ihre Dolchstoßlegende begründen. Aber es kommt noch besser. Der Heilmann von 1917 wird nicht müde, in immer neuen Wendungen die Schale des Spottes und der Verachtung über den „wurmstichigen“ und „korrupten“ Parlamentarismus auszugießen. Er findet zur Kennzeichnung dieses verächtlichen und verhassten Systems folgende Sätze:

„Die Wesenheit des parlamentarischen Ministers besteht namentlich darin, daß er von dem, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht... Aber heute und morgen im Staate der sich sozialisierenden Wirtschaft muß diese Unwissenheit gerade des leitenden Mannes zur Katastrophe, zur Vernichtung der ganzen Verwaltung führen... Dann wollen wir es doch lieber machen wie die Unabhängigen, die treiben Demagogie mit dem parlamentarischen System, sind sich dessen aber wenigstens bewußt.“

Schließlich feiert Heilmann, ganz wie heute Graf Westarp, die altpreussische Bürokratie, die er gegenüber der korrupten Parlamentsdemokratie im Glorienschein der kantschen Pflichtbewußtheit erstrahlen läßt:

„Unser Feind ist das Kapital und seine Verkörperung ist viel eher das Berliner Tageblatt als der König von Preußen, viel eher die parlamentarische Bourgeoisrepublik als die preussische Beamtenverwaltung, die überwiegend geführt wird von studierenden Professoren an Vermögen, und Ritzern nur in der Pflicht.“

Also die altpreussische Bürokratie mit dem Grafen Westarp an der Spitze sind Ritter nur in der Pflicht, haben also jedenfalls nach dem Heilmann von 1917, ein Recht auf Anerkennung und Belohnung auf ihrem Posten. Der Heilmann von 1927 wird nun gewiß anderer Ansicht sein und die Befestigung der altpreussischen Bürokratie, wie die Festigung des parlamentarischen Staatssystems für seine erste politische Pflicht erachten. Aber ich kann nicht zugeben, daß Leute, die so wandlungsfähig sind, das moralische Recht besitzen, innerhalb der Partei als Vorkämpfer der Demokratie gegen den linken Flügel aufzutreten. Gegenüber der Einseitigkeit Hilferdings, der immer nur die Grundzüge der Demokratie von Links her bedroht sieht, bleibt nichts anderes übrig, als manches, was gewiß sonst besser vergessen geblieben wäre, wieder in das Gedächtnis zu rufen. Die Tendenz zur Verwischung geschichtlicher Entwicklungslinien besteht auch innerhalb der Partei, und die Prozeßvorgänge im Magdeburger Ebert-Prozeß haben bei manchem alten Parteigenossen, der der USG angehörte, bittere Empfindungen ausgelöst. Die Vergangenheit der Kriegszeit wirkt aber leider auch heute noch unmittelbar in die Gegenwart hinein und hat insofern eine sehr aktuelle Bedeutung. Denn aus der Kriegszeit her sind in führenden Schichten der Parteibürokratie traditionelle Kräfte am Werke, die auf eine nationalistische Politik hindeuten.

Der weitaus schwächste Punkt in Hilferdings Rede war die Behandlung der Reichswehrfrage. Eine eingehende Analyse hätte hier rücksichtslos in Anspruch auf die verhängnisvolle Kosteteche Politik die Wurzeln bloßlegen müssen, aus denen das heute bestehende doppelgängerige System der Reichswehr im Reiche und der Schutzpolizei in den Ländern hervorgegangen

*) Siehe den vorhergehenden Aufsatz in Nr. 135 der ZS.